

□ Thema des Tages

Die „Brandmauer nach Rechts“, die viele CDU-Politiker bis hoch zu Friedrich Merz immer wieder beschwören, soll die Partei – und vor allem das Land – schützen.

Doch steht sie überhaupt noch?

Was ist mit „Brandmauer“ gemeint?

Immer wieder fielen in der Vergangenheit CDU-Politiker damit auf, ihre Abgrenzung nach Rechts besonders zu betonen. Das ist auch offiziell festgeschrieben, nämlich in einer Handreichung an die Partei für ihre Mitglieder. Darin steht, dass eine Zusammenarbeit mit der in weiten Teilen rechtsextremen AfD ein „Angriff auf unsere Identität“ sei.

Auf dem Parteitag 2018 wurde **beschlossen**: „Die CDU Deutschlands lehnt Koalitionen und ähnliche Formen der Zusammenarbeit sowohl mit der Linkspartei als auch mit der Alternative für Deutschland ab.“

Die CDU möchte also verhindern, dass die AfD als eine Partei wie alle anderen behandelt wird – und dass sie die Arbeit der CDU in irgendeiner Weise beeinflusst. Auch Friedrich Merz, der Parteivorsitzende, bekräftigte das **nach einem Fernsehinterview im vergangenen Jahr**. „Es wird auch auf kommunaler Ebene keine Zusammenarbeit der CDU mit der AfD geben“, sagte er da noch.

Warum die Mauer aktuell eher eine Ruine ist:

In acht Ländern waren dieses Jahr Kommunalwahlen. Dabei haben sich viele Kreistage, Stadt- und Gemeinderäte neu konstituiert, es wurden Präsidenten und Bürgermeister gewählt, deren Stellvertreter und Ausschussvorsitzende bestimmt. Nach wie vor gibt es viele Kreise, in denen die AfD durchgefallen ist.

Doch gibt es auch Kommunen, in denen AfD-Kandidaten zu Ortsvorstehern oder ersten und zweiten Stellvertretern der Kreistagschefs gewählt wurden. Zum Beispiel

in den Kreistagen Harz, Börde, Salzlandkreis und Stendal in Sachsen-Anhalt. Oder in Rostock, Mecklenburgische Seenplatte, Ludwigslust-Parchim, Vorpommern-Rügen und Vorpommern-Greifswald in Mecklenburg-Vorpommern. Barnim, Dahme-Spreewald, Potsdam-Mittelmark und Uckermark in Brandenburg.

Der *Spiegel* analysiert dazu: „Vielfach gibt es keine andere plausible Erklärung als diese: Christdemokraten müssen für die Vertreter der extremen Rechten gestimmt haben. Und die CDU tut noch nicht einmal mehr so, als wäre es anders.“

Der Kreisvorsitzende der CDU in Anhalt-Bitterfeld erklärte jüngst ganz konkret, bei einigen Themen komme man vor Ort nicht an einer Zusammenarbeit mit der AfD vorbei. Er teilt dieses Mindset laut einer neuen Forsa-Umfrage mit einem beachtlichen Teil der CDU-Mitglieder: 45 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass die CDU zumindest in den ostdeutschen Ländern und Kommunen von Fall zu Fall mit der AfD zusammenarbeiten sollte.

Was das für uns bedeutet:

Zunächst einmal die Erkenntnis: Die vielbeschworene Brandmauer der CDU, sie ist aktuell eher eine Ruine. Denn zumindest im Kommunalen schließen Teile der CDU eine Zusammenarbeit nicht mehr ganz aus – und stellen sich klar gegen die Linie der Bundespartei.

Dabei hatte Friedrich Merz noch 2021 versprochen: „Die Landesverbände, vor allem im Osten, bekommen von uns eine glasklare Ansage: Wenn irgendjemand von uns die Hand hebt, um mit der AfD zusammenzuarbeiten, dann steht am nächsten Tag ein Parteiausschlussverfahren an.“

Für uns Journalistinnen und Journalisten, aber auch für die Bürgerinnen und Bürger im Land heißt das: wachsam bleiben. Und CDU-Politikern den Spiegel vorhalten, wann immer sie markig von einer Brandmauer sprechen. Aktuell wirkt sie eher wie eine Nebelkerze.